



## Das Prinzip Gießkanne hilft niemandem

Die Koalitionsbeschlüsse vom vergangenen Sonntag sind eine schlichte Fortsetzung des schwarz-gelben Elends. Merkel und Rösler sprechen von "Entlastung". Die Beschlüsse in Sachen Steuern muss man aber schlichtweg Betrug nennen. Sie sollen angeblich kleinen und mittleren Einkommen zugutekommen. Tatsache ist: Sie haben lächerlich geringe Wirkungen für Menschen, die ein wirklich geringes Einkommen haben. Noch sind die schwarz-gelben Beschlüsse zu schwammig, um genaue Zahlen zu fixieren. Aber erste Schätzungen des Bundes der Steuerzahler zeigen, was gespielt wird: Die für 2013 angekündigte Steuerabsenkung von zwei Milliarden Euro bringt demzufolge für einen Geringverdiener 1,40 Euro im Monat. Wer hingegen den Spitzensteuersatz erreicht, bekommt 9,60 Euro im Monat. Wie Merkel, Rösler und Seehofer für so etwas eine Pressekonferenz ansetzen, ist eigentlich eine Frechheit. Hier wird mit der Gießkanne ein Milliardenbetrag über alle Einkommensgruppen so verteilt, dass die dicksten Tropfen auch noch bei den Besserverdienern ankommen. Was keinen einzelnen Menschen froh macht, entzieht Bund und Ländern in der Summe dennoch zuerst zwei Milliarden und dann insgesamt acht Milliarden Euro jährlich für dringend notwendige Investitionen. Und es sind Steuersenkungen auf Pump. Während Merkel von Montag bis Samstag beschwört, Europa müsse in der Schuldenkrise konsolidieren, beschließt sie an einem Sonntag Geld zu verteilen, das der Finanzminister am Kapitalmarkt aufnehmen muss. Deutschland muss sich nach wie vor jedes Jahr kräftig neu verschulden.

## Was wirklich helfen würde: Mindestlöhne

Ausgerechnet das, was fünf Millionen Menschen wirklich helfen würde und dringend einer Klärung innerhalb der Koalition bedurft hätte, wurde gar nicht erst angesprochen: Ob der gesetzliche Mindestlohn kommt, ist weiter vollkommen offen. Das Koalitionschaos in dieser Frage setzt sich ungebremst fort. Der Mindestlohn würde endlich wenigstens das Minimum an Einkommen bringen, das die Bedürftigkeit vermeidet. Der Mindestlohn würde den Steuerzahler um Milliarden entlasten, weil er nicht mehr Dumpinglöhne subventionieren müsste. Er würde zugleich Kaufkraft und Binnennachfrage nennenswert stärken.

Darüber aber wurde am Sonntag nicht entschieden, wohl nicht einmal gesprochen. Beim gesetzlichen Mindestlohn hat die CDU vor ihrem Parteitag eine vieldeutige Ankündigung gemacht. FDP und zahlreiche Unionsvertreter lehnen den Mindestlohn ab, einzelne CDU-Leute sind dafür. So wird das nichts. Wir fordern Merkel auf, den Mindestlohn ins Parlament zu bringen. Da haben wir eine Mehrheit für den gesetzlichen Mindestlohn. Nur als Parteivorsitzende vom Mindestlohn zu reden, dann aber als Kanzlerin nicht zu liefern – das ist ein politisches Täuschungsmanöver, und ein Betrug an den Menschen mit geringem Einkommen.

141 – "Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig" – Kompaktinfo der SPD-Bundestagsfraktion

## Finanzmärkte regulieren

Die Bundesregierung hat die Verabredungen zur Finanzmarktregulierung der G-20-Gipfeltreffen 2008 in Washington und 2009 in Pittsburgh nicht voran gebracht. Auch beim G20-Gipfel in Cannes gab es keine Fortschritte. Weder ist die realwirtschaftliche Funktion der Finanzmärkte gegenüber spekulativen Eigenengeschäften gestärkt, noch sind wirkungsvolle Regulierungsvorschläge gemacht worden. Die Bundesregierung hat bei der Aushandlung europäischer Richtlinien zur Regulierung der Ratingagenturen, von Hedge-Fonds und der Verbriefung von Kreditrisiken keinen Gestaltungswillen gezeigt. Ein neuer Anlauf zu einer durchgreifenden Finanzmarktregulierung ist deshalb erforderlich.

In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung daher dazu auf, den Finanzsektor krisenfest zu machen. Banken müssen ihre Eigenkapitalquoten steigern und ihre Verschuldung begrenzen. Darüber hinaus muss es einen europäischen Rekapitalisierungsmechanismus geben. Dividenden auf zukünftige Gewinne sollen nicht mehr ausgeschüttet, sondern zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis verwandt werden. Das Eigenhandelsgeschäft in Investment- und Schattenbanken ist vom Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken zu trennen.

Eine europäische Bankenaufsicht soll die Markttransparenz erhöhen. Hochspekulative Finanzmarktprodukte und der Hochfrequenzhandel müssen reguliert und schädliche Finanzmarktprodukte europaweit verboten werden. Ein europäisches Insolvenzverfahren für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute ist notwendig. Durch eine Finanztransaktionssteuer sollen Banken an den Kosten der Krise beteiligt werden. Wenn sie nicht innerhalb der EU einzuführen ist, dann in der Eurozone oder gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten. Schließlich sollen Managergehälter sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren und nur begrenzt steuerlich absetzbar sein.

*142 – Antrag der Fraktion der SPD "Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich"*

### **Transparenz und Umweltverträglichkeit beim Fracking sicherstellen**

Nach intensiver Debatte hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag zur "unkonventionellen Förderung" von Erdgas, besser bekannt als "Fracking", verabschiedet. Dabei gab es in der Fraktion große Einigkeit, dass die bisherigen Gesetze bei weitem nicht ausreichend zum Schutz des Grundwassers und zur Beteiligung der Öffentlichkeit sind.

Erdgas wird noch einige Jahrzehnte gebraucht und eine sichere Förderung ist dabei unbedingt notwendig. Diese ist jedoch mit den bisherigen Gesetzen nicht gewährleistet. Es bedarf vor allem einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung vor jedem Frackvorgang. Heute gilt eine solche Prüfungsnotwendigkeit erst bei Förderhöhen, die nie erreicht werden.

Darüber hinaus gilt es, weitreichende Transparenz- und Beteiligungsrechte gesetzlich zu verankern. Es ist ein unglaublicher Vorgang, wenn vor Ort Lizenzen vergeben und Bohrungen vorbereitet werden, ohne dass auch nur Bürgermeister oder Abgeordnete davon wissen. Besonders beleuchtet werden müssen in einem Gesetzgebungsverfahren und auch im Rahmen der Bundestagsanhörung am 21. November die möglichen Haftungsregelungen. Die Bundesregierung muss endlich handeln und einen Gesetzentwurf vorlegen!

*143 – Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas"*

### **Pflegekompromiss ist eine herbe Enttäuschung**

Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Pflegereform sind völlig unzureichend. Weder inhaltlich noch finanziell entsprechen sie den Anforderungen einer umfassenden und nachhaltigen Reform der Pflegeversicherung. Die geplanten Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro durch Anhebung des Beitragssatzes decken nicht die erforderlichen Kosten für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die Kosten dafür belaufen sich nach plausiblen Schätzungen auf mindestens vier Milliarden Euro. Die nun von der Regierung vorgeschlagene Summe kann lediglich bedeuten, dass die bereits jetzt vorhandenen Leistungsansprüche aufgefangen werden. Dies ist ein schwerer Rückschlag.

Die von der Regierung geplante freiwillige private Zusatzversicherung ist insbesondere für Geringverdienende illusorisch. Sie wären bei Eintreten einer Pflegebedürftigkeit völlig allein gelassen. Durch die Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung würden die Einnahmen hingegen langfristig verbreitert. Die Maßnahmen der Regierung sind eine herbe Enttäuschung für alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen.

*144 – "Für eine umfassende Pflegereform: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken" - Orientierungspapier der SPD-Bundestagsfraktion*

### **Impressum**

Herausgeber & V.i.S.d.P.: Dr. Martin Schwanholz, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin,  
Redaktion: Dr. Martin Schwanholz, Vera Heitmann

Die "Nachrichten aus Berlin" erscheinen sitzungswöchentlich. Sie dienen der Information der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Region Osnabrück über politische Ereignisse, gesetzgeberische Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und des Deutschen Bundestages. Sie stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar. Diese sind als solche gekennzeichnet. Unter den jeweils angegebenen Nummern sind die vollständigen Texte im Berliner Abgeordnetenbüro erhältlich.